

SPD bessert bei den Mindestpensionen nach

Nach der Drohung von SPD-Abgeordneten, gegen die neuesten Pensionspläne der Regierung zu stimmen, wurde die Reform entschärft. Eine Annäherung gab es zwischen Regierung und Opposition über ein Zuwanderungsgesetz.

Alexandra Förderl-Schmid
aus Berlin

Der Protest mehrerer SPD-Abgeordneter, die teilweise schon gegen einzelne Reformvorhaben der eigenen Regierung votiert haben, fruchtete diesmal bei der Pensionsreform: Die Fraktionsspitze besserte am Dienstag den Entwurf für ein Mindestniveau der gesetzlichen Pension nach, über den am Donnerstag im Bundestag abgestimmt wird.

Ursprünglich war eine Absenkung auf 43 Prozent bis zum Jahr 2030 vorgesehen. Nach den Protesten wurde eine Klausel eingefügt, wonach die Regierung verpflichtet wird, Vorschläge zu unterbreiten, um ein Abrutschen unter 46 Prozent zu verhindern. Dabei handelt es sich um das Nettopensionseinkommen, also die Rente abzüglich der Sozialversicherungsbeiträge vor Steuern. Heute liegt dieses Niveau bei 53 Prozent.

Nach der Aufnahme der Klausel geht die SPD-Fraktionsspitze davon aus, dass die innerparteilichen Kritiker nun der Pensionsreform zustimmen. Zwei SPD-Abgeordnete behalten sich ihre Abstimmungsverhalten aber noch vor. Die so genannte Kanzlermehrheit im Bundestag beträgt nur vier Stimmen. Die Absenkung des Pensionsniveaus soll dazu beitragen, dass die Pensionsbeiträge von derzeit 19,5 Prozent 2030 nicht über 22 Prozent des Bruttoeinkommens steigen.

Zuwanderungsstreit

Eine Annäherung gab es in der Nacht zum Dienstag auch im Streit um ein Zuwanderungsgesetz, über das seit Monaten der Vermittlungsausschuss verhandelt. Dieses Gremium, das aus Mitgliedern des Bundestags und Bundesrats besteht, bemüht sich seit Monaten um einen Kompromiss.

Das Bemühen, eine Einigung zu finden, sei auf beiden Seiten „deutlich erkennbar“ gewesen, sagte Innenminister Otto Schily. CDU/CSU-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach meinte, die Einigungschancen hätten sich von 55 auf 60 Prozent erhöht. Der bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU) sprach von einer Steigerung auf lediglich 56 Prozent.

Am pessimistischsten war der grüne Verhandler Volker Beck, der sich mit dem SPD-Politiker Schily um den Auftritt vor den Kameras stritt. Er schätzte die Einigungschancen lediglich auf 50 Prozent.

Am Freitag soll weiter verhandelt werden. Rot-Grün besteht offenbar nicht mehr darauf, den Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer aufzuheben. Die Union fordert dagegen eine Abschiebung all jener Ausländer, die im Verdacht stehen, mit Terrorismus zu tun zu haben.

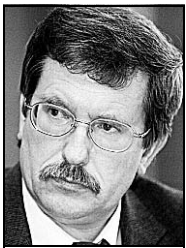


Zum Abschluss des letzten Staatsbesuches seiner Amtszeit traf Bundespräsident Thomas Klestil Deutschlands gut aufgelegten Bundeskanzler Gerhard Schröder. Foto: APA/Schneider

Grüner Regierungschef

Letland hat neue Mitte-rechts-Regierung

Riga – Das lettische Parlament (Saeima) hat am Dienstag mit 56 zu 33 Stimmen für das Minderheitskabinett des designierten Ministerpräsidenten Indulis Emsis gestimmt. Die neue Regierung besteht aus Emsis' „Union Grüne und Landwirte“ (ZZS), der Bürgerpartei (TP) und der „Ersten Partei“ (LPP). Gemeinsam verfügen die drei Mitte-rechts-Parteien über 46 der 100 Sitze im Parlament. Emsis ist somit der erste grüne Premierminister in Europa.



Indulis Emsis, neuer Premier. Foto: Reuters

Die bereits am Vortag von allen drei Parteien unterzeichnete Regierungserklärung sieht eine Steigerung des Wohlstands und das Vorantreiben der Wirtschaftsent-

wicklung unter Ausnutzung von EU-Mitteln in Letland vor. Seine Regierung löst jene des bisherigen Regierungschefs Einars Repse ab, die am 5. Februar das Handtuch geworfen hatte.

Neben den 46 Abgeordneten der Koalition stimmten neun Abgeordnete der linksgerichteten „Partei der nationalen Harmonie“ (TSP) sowie der abtrünnige „Neue-Ära“-Abgeordnete Andrejs Radzevics für die Emsis-Regierung. Radzevics wird in Emsis' Kabinett den Posten des Ministers für regionale Entwicklung übernehmen. Premier Emsis wird vorübergehend auch das Gesundheitsministerium führen. (APA)

„Angenehmer Meinungs-austausch“

Bundespräsident Klestil bei deutschem Bundeskanzler Schröder

Erhard Stackl aus Berlin

Als „angenehmen Meinungs-austausch unter alten Bekannten“ bezeichneten der deutsche Kanzler Gerhard Schröder und Bundespräsident Thomas Klestil ihr Treffen am Dienstag in Berlin. Da es, wie Schröder sagte, „bilaterale Themen nicht gibt“, drehte sich das Gespräch im Rahmen von Klestils letztem Staatsbesuch vor allem um Europa.

Klestil sprach die weitere Entwicklung Europas – auf dem Balkan, auch in Bezug auf Russland – sowie die Suche nach einer EU-Verfassung an. Schröder meinte dazu, er sehe für deren Beschluss noch in

diesem Jahr, vielleicht noch unter der irischen EU-Präsidenschaft, eine Chance. Deutschland werde aber nicht von dem (von Spanien und Polen bisher abgelehnten Prinzip) abweichen, dass es bei Abstimmungen in der EU eine „doppelte Mehrheit“ (unter den Mitgliedstaaten und nach der Bevölkerungszahl) geben müsse. Jede Lösung habe darauf aufzubauen.

Zur Frage, welche Chancen Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel habe, Präsident der EU-Kommission zu werden, wollte sich Schröder nicht äußern. Gesprächiger zeigte sich der deutsche Kanzler auf die Journalisten-

frage, ob der Zwang zu Reformen europäische Regierungen unterschiedlicher Färbung beim Wahlvolk ähnlich unpopulär mache. Schröder nannte zwei „Entwicklungslinien – den durch die Globalisierung verschärften Wettbewerb und die durch die Bevölkerungsentwicklung gefährdeten Sozialsysteme, die die Regierungen zu scharfen Reformmaßnahmen zwingen. Während es im Volk abstrakt Verständnis für solche Maßnahmen gebe, führe dies zum Unwillen der davon Betroffenen.“

Schröder: „Da müssen wir durch.“ Es gelte, das Recht auf Wohlstand auch für die nächsten Generationen zu erhalten.

Trockentraining für Verhandler

Israelis und Palästinenser bereiten sich in Wien gemeinsam auf Gespräche vor

Christoph Winder

Wien – Moty Cristal und Anis Anani sind bester Laune: „Wahrscheinlich halten uns die Leute für ein schwules Pärchen“, witzeln sie, als sie der STANDARD-Fotograf im voll besetzten Cafe Zentral gemeinsam ablichtet. Wenn das Einvernehmen zwischen allen Israelis und Palästinensern so gut wäre wie zwischen den beiden, müsste man sich um die Entwicklung im Nahen Osten weniger Sorgen machen.

Gemeinsam mit je einem Dutzend ihrer Landsleute haben Cristal und Anani soeben eine Woche in Wien hinter sich gebracht, um eine Aktivität auszuüben, die man als „Trockentraining im Verhandeln“ bezeichnen könnte. Drei oder vier Mal pro Jahr treffen die beiden professionellen Unterhändler in den USA, in Wien oder im Nahen Osten zusammen, um im Rahmen eines Projektes mit Namen „Israelisch-palästinensische Verhandlungspartner“ in einem akademischen Setting gemeinsam zu arbeiten.

Wenn Cristal und Anani dereinst einmal in „richtigen“ Verhandlungen aufeinander treffen sollten, dann werden sie schon eine lange gemeinsame Ausbildungsgeschichte hinter sich haben. Vorerst geht es freilich einmal ausschließlich um Prozesse, nicht

um Inhalte, erläutert Sonja Rauschütz von der Konflikt-Managementfirma „Vienna Partners“, welche das vom der Stadt Wien, dem Außenministerium und privaten Untenehmungen wie zum Beispiel Chrysler finanzierte Projekt leitet. „In der Verhandlungstheorie machen wir einen Unterschied zwischen Inhalt und Prozess“, meint Rauschütz, „und hier geht es ausschließlich um Prozess. Unter Prozess fällt das, was mit dem Zweck und dem Ziel von Treffen zu tun hat, wie die Rollen der Verhandler sind, welche Sequenzen man nacheinander anordnet, wie man die Brainstorming-Phase von der Entscheidungsphase abgrenzt.“

Mauer und Zaun

Die Art des Prozessmanagements basiert auf Prinzipien, welche der US-Rechtsprofessor Roger Fisher im Rahmen des so genannten „Harvard Negotiation Program“ entwickelt hat. Rauschütz hat lange bei Fisher in Harvard studiert und arbeitet auch heute noch intensiv mit ihm zusammen.

„Ich bin seit drei Jahren bei dem Projekt dabei“, meint Anis, der Palästinenser, „und die Erfahrungen, die ich gemacht habe, waren auf allen Ebenen sehr gut. Am Ende des Tages werden wir ohnehin eine gemeinsame Verhandlungskultur entwickeln müs-



„Es geht um Prozess, nicht Inhalt“: Verhandler Anis Anani (li.), Moty Cristal (re.), Mediatorin Sonja Rauschütz. Foto: Urban

sen, die uns dabei helfen, die Alltagsprobleme zu bewältigen und einer gemeinsamen Lösung näher zu kommen.“

„Ich hab bei so vielen Verhandlungen mitgemacht“, ergänzt Cristal „und meistens war es so, dass die eine Partei ihre Vorstellungen aufgetischt hat und die andere die ihren. Man hat aber keine Optionen für den Fall des Scheiterns ausgearbeitet. Israelis und Palästinenser sind gut im Handeln und Feilschen wie im Bazar, aber schlecht beim Prozessdesign. Camp David ist für mich das beste Beispiel für ein solches schlechtes Prozessdesign.“ Gerade deswegen, stimmen Cristal und Anani überein, ist ein inhaltsfreies Verhandlungstraining, wie sie es

in Wien betrieben haben, überaus nützlich.

Auch das derzeitige israelisch-palästinensische Problem Nummer Eins wird angesprochen: „Das ist die Mauer“, sagt Anis. „Für uns ist das ein Zaun“, entgegnet Moty. Rauschütz fällt ein: „Und die Aufgabe ist es nun, im Prozess weiterzukommen, wie immer wir das Ding nun auch nennen wollen.“

Fernziel: Ein Netzwerk von Verhandlern im Nahen Osten aufzubauen, welche in einem Friedensprozess, wenn er wieder einmal in Gang kommen sollte, eine gemeinsame Sprache sprechen.

DER STANDARD **Webtipp:**
www.viennapartners.at

WELTSCHAU

Berlusconi will Berufung abschaffen

Rom – Premier Silvio Berlusconi will im Rahmen einer umstrittenen Justizreform den Berufungsprozess abschaffen. Wenn ein Angeklagter erstinstanzlich frei gesprochen worden ist, könne man zur Beschleunigung des Verfahrens auf einen zweiten Gerichtsbeschluss verzichten, erklärte Berlusconi, gegen den bisher über 90 Justizverfahren eingeleitet wurden, am Dienstag. (APA)

Neue griechische Regierung

Athen – Der neue griechische Ministerpräsident Kostas Karamanlis hat am Dienstag seine Regierung vorgestellt: Außenminister wird der altgediente Diplomat Petros Molyviatis. Die Olympischen Spiele macht Karamanlis zur Chefsache, indem er selbst das zuständige Kulturministerium übernimmt. Der Jurist und Ökonom Stavros Dimas wurde zum EU-Kommissar ernannt. (AFP)

Aristide will USA verklagen

Paris – Der ehemalige haitianische Präsident, Jean-Bertrand Aristide, will die USA und Frankreich jetzt wegen Entführung verklagen. Aristides Rechtsanwalt sagte am Montag, er und ein amerikanischer Kollege würden in den kommenden Tagen identische Klagen in Frankreich und den USA einreichen. Die USA und Frankreich haben die Entführungsvorwürfe zurückgewiesen. (Reuters)

Zeugenmord in Causa Djindjić

Belgrad – Das Belgrader Sondergericht, das den Prozess gegen die mutmaßlichen Mörder des serbischen Regierungschefs Zoran Djindjić verhandelt, gab am Dienstag bekannt, dass ein wichtiger Augenzeuge, der die Mörder vielleicht identifizieren hätte können, vergangene Woche von Unbekannten erschossen worden sei. (APA)

Putin stellt neues Kabinett vor

Moskau – Kurz vor der russischen Präsidentenwahl hat Amtsinhaber Wladimir Putin am Dienstag sein neues Kabinett präsentiert: Außenminister Igor Iwanow wird vom bisherigen UNO-Botschafter Sergej Lawrow abgelöst. Iwanow wird neuer Chef des Sicherheitsrats. KGB-Mann Raschid Nurgalijew ist neuer Innenminister. Verteidigungsminister Sergej Iwanow behält seinen Posten. (AFP, dpa)